



Hiltrud Lotze
Mitglied des Deutschen Bundestages

INFOS AUS DEM BUNDESTAG | NEWSLETTER 2/2021

Liebe Bürger*innen, liebe Genoss*innen,

viele werden den Osterfeiertagen mit einem lachenden und einem weinenden Auge entgensehen. Die Feiertage bieten Zeit zur Erholung und gleichzeitig schmerzt es, erneut auf Besuche bei Familie und Freunden verzichten zu müssen. Auch ich hätte gerne meine Mutter und Geschwister getroffen und gemeinsam Ostern verbracht. Nun heißt es, erneut zu warten, dass die Situation besser wird. Dafür wünsche ich Ihnen viel Kraft. Machen Sie es sich schön an Ostern und genießen Sie die Auszeit!



In Berlin hatte es die letzte Sitzungswoche noch einmal ordentlich in sich. Namentliche Abstimmungen, die Einführung eines Lobbyregisters und natürlich die Befragung der Bundesregierung zu den jüngsten Corona-Beschlüssen – da kam einiges zusammen. Auch im Wahlkreis war ich unterwegs, digital und bei dem einen oder anderen Termin auch coronakonform vor Ort. Mehr dazu gibt es in diesem Newsletter.

Aktuelle Informationen finden Sie auch weiterhin auf meiner Homepage unter www.hiltrud-lotze.de.

Mit solidarischen Grüßen

Ihre und Eure

Hiltrud Lotze

AKTUELLES

Gerade jetzt, in Coronazeiten, werden uns bestehende Gleichstellungsdefizite deutlich vor Augen geführt. Das sieht man zum Beispiel bei den sozialen Berufen, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Klar ist: Gute Arbeitsbedingungen und ein fairer Lohn müssen für soziale Berufe selbstverständlich sein. Dafür sind endlich flächendeckende Tarifverträge für Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegeberufe notwendig. Klatschen allein reicht nicht, es muss jetzt konkrete Verbesserungen für die Branche geben.

Auch die Kindererziehung zu Hause und die Pflege von Angehörigen werden überwiegend von Frauen geleistet. Durch die Corona-Krise wird dieses Ungleichgewicht noch verstärkt. Für eine faire Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit braucht es eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Elterngeldreform war ein wichtiger Schritt. Das Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bringt uns ebenfalls deutlich voran. Zudem machen wir uns für die Familienarbeitszeit und das Familiengeld stark.

BERLIN UND BUND

IM PLENUM

NAMENTLICHE ABSTIMMUNG „EIGENMITTELBESCHLUSS-RATIFIERUNGSGESETZ“

Der Bundestag hat den Weg frei gemacht für mehr europäische Solidarität: Er hat der Europäischen Kommission erstmals erlaubt, im Namen der EU Schulden für Haushaltsausgaben aufzunehmen.

Konkret geht es um die Finanzierung des Corona-Wiederaufbauprogramms, für das 750 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Die EU-Kommission soll dafür Anleihen an den Finanzmärkten ausgeben dürfen. Getilgt werden diese Kredite aus dem EU-Haushalt. Die EU-Mitgliedstaaten finanzieren über



ihre Beiträge an den EU-Haushalt gemeinsam die Rückzahlung. Ich habe dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zugestimmt.

NAMENTLICHE ABSTIMMUNG „ÄNDERUNG BND-GESETZ“

Der Bundestag hat am Donnerstag, 25. März 2021, eine Novellierung des BND-Gesetzes beschlossen. Mit der Änderung des BND-Gesetzes wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Ziel ist es, die parlamentarische Kontrolle zu stärken und bestimmte Berufsgruppen zu schützen. Eingeführt werden neue Kontrollmechanismen, welche die Legitimation der sog. Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung stärken und die Rechte der vom Bundesnachrichtendienst (BND) im Ausland abgehörten Ausländer*innen besser schützen. So wird ein neues Kontrollorgan – der Unabhängige Kontrollrat – installiert, der die gesamte technische Aufklärung durch den BND auf ihre Rechtmäßigkeit hin kontrollieren kann. Die Befugnisse des BND in diesem Bereich sind künftig wesentlich präziser als zuvor geregelt. Die SPD hat in den parlamentarischen Verhandlungen einen noch besseren Schutz von Vertraulichkeitsbeziehungen – vor allem auch hinsichtlich Journalist*innen – sowie einen besseren Schutz von Whistleblower*innen bei den Nachrichtendiensten durchgesetzt.

Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des BND-Gesetzes habe ich zugestimmt.

NAMENTLICHE ABSTIMMUNG „EINSATZ RESOLUTE SUPPORT“

Ebenfalls am 25. März 2021 hat der Bundestag der Fortsetzung der Bundeswehrebeteiligung an dem NATO-geführten Einsatz „Resolute Support“ in Afghanistan zugestimmt. Das aktuelle Mandat läuft Ende März 2021 aus und soll um zehn Monate bis zum 1. Januar 2022 verlängert werden. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 engagiert sich Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten der NATO und weiteren Partnern in Afghanistan und hat dort einen wichtigen Beitrag für mehr Demokratie, einen besseren Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie die Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern geleistet. Deutschlands militärisches und zivilgesellschaftliches Engagement im Land bleibt weiterhin gefragt: Eine fragile Sicherheitslage, ein anhaltend hohes Gewaltniveau sowie die immer wieder stockenden Friedensverhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban gefährden die bisher erzielten Erfolge und könnten die gute soziale und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zunichtemachen. Mit dem Antrag der Bundesregierung soll deshalb das auf maximal 1.300 Soldat*innen begrenzte Bundeswehrmandat bis zum 31. Januar 2022 verlängert werden.

Dem Antrag habe ich zugestimmt.

NAMENTLICHE ABSTIMMUNG „REFORM DER TRANSPARENZREGELN FÜR ABGEORDNETE“



Mit unserem Koalitionspartner konnten wir uns in der vergangenen Sitzungswoche auf weitgehende Verschärfungen der bestehenden Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete einigen. Jetzt kommt endlich Licht in dubiose Unternehmenseinkünfte neben dem Mandat und unklare Geldflüsse. Die Korruptionsvorwürfe und Affären der jüngsten Vergangenheit in der CDU/CSU haben noch einmal bestätigt, dass eine umfassende Reform wichtiger denn je ist. Künftig müssen anzeigepflichtige Einkünfte aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen betragsgenau auf Euro und Cent veröffentlicht werden. Anzeigepflichtig sind sie, wenn sie im Monat den Betrag von 1.000 Euro oder bei ganzjährigen Tätigkeiten im Kalenderjahr in der Summe den Betrag von 3.000 Euro übersteigen. Unternehmensbeteiligungen müssen nun bereits ab fünf Prozent statt bisher ab 25 Prozent veröffentlicht werden. Auch die Einkünfte aus Unternehmensbeteiligungen wie zum Beispiel Dividenden werden anzeige- und veröffentlichungspflichtig. Wir verbieten Honorare für Abgeordneten-Vorträge und beenden von Dritten bezahlte Lobbytätigkeiten von Bundestagsabgeordneten. Außerdem wird die Regierungskoalition zeitnah Regelungen für mehr Transparenz bei Parteispenden, Partesponsoring und zu Werbemaßnahmen durch Dritte vorlegen. Damit sind wir einen gehörigen Schritt weiter gekommen im Sinne von Transparenz und damit einhergehender Vertrauensbildung.

EINFÜHRUNG EINES LOBBYREGISTERS BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Seit 10 Jahren fordert die SPD-Bundestagsfraktion die gesetzliche Einführung eines Lobbyregisters. Nach monatelangen Verhandlungen mit der Union ist uns die Verabschiedung nun endlich gelungen. Ein breiter Personenkreis von Interessenvertreter*innen unterliegt zukünftig einer Registrierungspflicht. Sie müssen künftig umfassende Angaben zu ihrer Person, zum Gegenstand sowie zur Finanzierung der Interessenvertretung machen. Außerdem sind sie verpflichtet, einen verbindlichen Verhaltenskodex anzunehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich auch für die Einführung des sog. „exekutiven Fußabdrucks“ eingesetzt. Dabei geht es um die Veröffentlichung von Lobby-Kontakten zu Bundesministerien. Aufgrund des Widerstands der Union konnten wir ihn nicht in den Gesetzentwurf aufnehmen. Das ärgert mich. Gerade nach den Skandalen der letzten Wochen hätte die CDU/CSU hier einen glaubhaften Beitrag zu einem offenen Umgang mit Wirtschaftskontakten leisten können.



ERRICHTUNG DER BUNDESSTIFTUNG GLEICHSTELLUNG

Wir wollen ein modernes Land, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gleiche Chancen haben. Um das zu erreichen, müssen wir etwas verändern in Deutschland. Daher soll eine Bundesstiftung Gleichstellung gegründet werden, um die strukturelle Benachteiligung von Frauen stärker in den Fokus zu rücken und zu beseitigen. Die Koalitionsfraktionen haben nun den dazugehörigen Gesetzentwurf vorgelegt, den wir am 26. März in erster Lesung beraten haben. Die Einrichtung soll sich wissenschaftlich fundiert mit der Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auseinandersetzen. Außerdem soll sie Informationen bereitstellen, Ideen entwickeln und die praktische Gleichstellungsarbeit stärken.

DIE ZUKUNFT DER INNENSTÄDTE

In der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik haben wir uns diesmal über die Zukunft der Innenstädte ausgetauscht, ein Thema, das durch die Lockdowns brisanter ist denn je. Die Experten Dr. Ulrich Hatzfeld, Stadt- und Regionalplaner sowie langjähriger Unterabteilungsleiter im BMU und Uwe Zimmermann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) haben als Gäste wertvolle Impulse geliefert. In meiner täglichen Arbeit spielt das Thema eine große Rolle, etwa im Zusammenhang mit fehlenden Corona-Hilfszahlungen an lokale Geschäfte. Sprechen Sie mich gerne an, wenn Ihnen dazu etwas auf den Nägeln brennt.

IM WAHLKREIS

GESPRÄCH IN DER PSYCHIATRISCHEN KLINIK LÜNEBURG

Zusammen mit dem SPD-Bundestagskandidaten Jakob Blankenburg habe ich die Psychiatrische Klinik Lüneburg (PKL) besucht und mich mit Geschäftsführer Rolf Sauer sowie dem Pflegedirektor Stefan Olmützer über die aktuelle Situation vor Ort ausgetauscht. Den Psychiatrien haften weiterhin ein Stigma an, dabei ist ihre Arbeit besonders in der derzeitigen Lage so wichtig. Die zugesagte Höhe an Entschädigung für leerstehende Betten sei zudem niedriger ausgefallen und auch die Mehrbelastung im Klinikalltag sei spürbar, berichtete mir Herr Sauer. Seinen Appell, die Psychiatrien in der Corona-Krise nicht zu vergessen, nehme ich mit nach

Berlin.



ZU BESUCH IM IMPFZENTRUM

Gemeinsam mit den anderen Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus Lüneburg habe ich das Lüneburger Impfzentrum besucht. Landrat Jens Böther und die beiden Leiter, Mirco Dannenfeld und Dr. Sebastian Graefe, haben uns die Räumlichkeiten gezeigt und über Ablauf sowie Stand der Impfungen informiert. Mein Fazit: Das Zentrum ist top organisiert und geht zugleich herzlich und menschlich mit den teilweise hoch betagten und manchmal sehr aufgeregten Impfungen um. Herzlichen Dank und großen Respekt an alle, die hier mitarbeiten!



GESPRÄCH MIT DER BÜRGER*INNENINITIATIVE „UNSER WASSER“

Am 22. März war Weltwassertag, zu dem die Vereinten Nationen alljährlich aufrufen. Unter dem diesjährigen Motto „Wert des Wassers“ wurde die große Bedeutung der Ressource weltweit in den Fokus gerückt. Denn eines ist klar: Wasser ist die Grundlage allen Lebens und ein unverzichtbares Gut – gleichzeitig ist es eine zunehmend knappe Ressource und muss geschützt werden.

Welche Bedeutung das Thema Wasserschutz auch in meinem Wahlkreis hat, zeigt das Engagement vieler Bürger*innen vor Ort. Am 18. März haben Jakob Blankenburg und ich uns mit der Lüneburger Bürger*inneninitiative „Unser

Wasser“ ausgetauscht. Die Initiative sieht die Grund- und Trinkwasserversorgung gefährdet, wenn ein kommerzielles Unternehmen wie Coca Cola in Lüneburg die Genehmigung zur weiteren Grundwasserentnahme erhält. In einem konstruktiven Gespräch haben wir uns zu Möglichkeiten eines lokalen, nachhaltigen Wassermanagements ausgetauscht. Für mich steht fest: Wasser ist ein schützenswertes Allgemeingut. Einwandfreies und bezahlbares Trinkwasser muss als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge immer höchste Priorität haben.

Diese Position habe ich auch gegenüber dem niedersächsischen Wasserversorger Purena vertreten. Am Weltwassertag habe ich an einer Veranstaltung des wasserwirtschaftlichen Unternehmens teilgenommen, um mit Purena, Avacon und Viva con Agua über die Zukunft des Wassers zu sprechen.

DEMONSTRATION FRIDAYS FOR FUTURE

Freitag für Freitag waren sie gewohntes Stadtbild, die Fridays for Future-Demos. Aufgrund der Corona-Pandemie ist es leiser um die Bewegung geworden. Doch der Klimawandel ist in Pandemiezeiten aktueller denn je. Deswegen bin ich jüngst mit Fridays for Future zum Protestieren auf der Straße gewesen. Wir haben es in der Hand, den menschengemachten Klimawandel aufzuhalten.



AKTION „RED HAND DAY“ DER IGS LÜNEBURG



Am 22. März überreichten mir Schüler*innen der IGS Lüneburg die roten Handabdrücke, die sie am Red Hand Day – dem Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldat*innen – unter ihren Mitschüler*innen, Lehrer*innen und Eltern gesammelt haben. Mit ihnen wollen sie ein Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldat*innen setzen. Die roten Hände habe ich gleich nach Berlin mitgenommen und sie im Bundestag dem SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich überreicht. Er wiederum hat die Sammlung der IGS Lüneburg an die Kinderkommission des Deutschen Bundestages weitergeleitet, von wo aus sie zu den Vereinten Nationen nach New York geschickt werden. Die roten Hände gehen also noch auf eine lange Reise und sorgen so für mehr Aufmerksamkeit für das Thema Kindersoldat*innen.



LÜNEBURGER KINDERTAGESSTÄTTE ERHÄLT 43.751 € FÜR SPRACHFÖRDERUNG

Für 2021 und 2022 erhält die Lüneburger Kita „Hanseviertel Paul Gerhardt“ eine Förderung von insgesamt 43.751 € als Zuschuss zu den Personalkosten. Darüber hat mich das Bundesfamilienministerium informiert. Ich gratuliere herzlich zum Förderbescheid. Nun können zusätzliche Fachkräfte sowie Beratungsangebote im Bereich Sprachförderung finanziert werden – ein wichtiger Schritt hin zu mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Mit dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2016 die alltagsintegrierte sprachliche Bildung in Kindertageseinrichtungen, die inklusive Pädagogik und die Zusammenarbeit mit Familien.

ZU GUTER LETZT... PLENARBETRIEB IN CORONAZEITEN

Corona macht auch vor den Reichstagstüren nicht Halt und so gelten selbstverständlich auch im Bundestag schon lange die Corona-Regeln. Die Sitzungen von Ausschüssen und Arbeitsgruppen finden weitestgehend digital statt. Es gibt Tage, da verbringe ich viele Stunden hintereinander am Computer in Online-Meetings. Auch im Bundestag läuft das nicht immer reibungslos. „Können Sie mich hören?“ ist auch hier ein häufig gebrauchter Satz. Im Plenum selbst haben wir Abgeordnete nun einen regelrechten Stundenplan, mit dessen Hilfe wir sicherstellen, dass nicht zu viele, aber gleichzeitig auch nicht zu wenige Volksvertreter*innen an den Sitzungen teilnehmen. So bleiben wir beschlussfähig, können aber gleichzeitig genügend Abstand zwischen uns wahren.

TERMINE

- 06./07.04.2021 Gemeinsame Digitale Frühjahrsklausur der niedersächsischen Landesgruppe mit der SPD Niedersachsen
- 08.04.2021 Fachkonferenz Teilgebiete zur Endlagerung - Treffen der Arbeitsgruppe "Beteiligung und Transparenz in Phase 1"
- 12.-16.04. und
19.-23.04.2021 Sitzungswochen im Bundestag

Hiltrud Lotze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wahlkreisbüro:
Auf dem Meere 14/15
21335 Lüneburg

Telefon: +49 30 227-71084
Fax: +49 30 227-76085
hiltrud.lotze@bundestag.de